

Werkstatt Frankfurt e.V.: **Ein erster Erfolg ist erreicht!**

In den letzten Ausgaben des „Abenteuer Sozialarbeit“ berichteten wir über die Skandale bei dem stadtnahen Verein Werkstatt Frankfurt e.V., der größten Beschäftigungsgesellschaft Hessens. Es geht dort um Behinderung der Arbeit der Interessenvertretung durch Wahlbeeinflussung, Kündigungen und die Einrichtung einer Spezialabteilung für ehemalige und amtierende Betriebsräte.

Viele Kolleginnen und Kollegen, viele Betriebs- und Personalräte aus Frankfurt und Umgebung haben auf den Appell zur Unterstützung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen reagiert. Eine Auswahl der Solidaritätserklärungen drucken wir in dieser Ausgabe ab.

Wir sind sehr dankbar für diese solidarische Unterstützung, die zeigt, dass der Kampf für eine konsequente Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen nicht umsonst ist.

Die Unterstützung gibt den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, den Mut weiter zu machen und nicht aufzugeben.

Der Kampf hat sich gelohnt, durch die Beschlüsse auf der Fachbereichsdelegierten- und der ver.di-Bezirkskonferenz, den Informationsstand auf dem DGB-Neujahrsempfang, die Veranstaltung des AK Soziale Vereine und die Solidaritätsadressen der Kolleginnen und Kollegen anderer Vereine ist etwas in Gang gekommen.

Die „Spezialabteilung“, in der ehemalige und aktuelle ver.di-Betriebsräte in stupider, unterqualifizierter Tätigkeit drangsaliert werden sollten, musste wegen „Ineffektivität“ aufgelöst werden. Es fand ein Gespräch der betroffenen Kolleginnen mit dem zuständigen Dezernenten statt, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu „klären“.

Aber es ist noch nichts geklärt: Die unrechtmäßigen Kündigungen sind nicht zurückgenommen worden. Die Prozesse laufen weiter. Deshalb bedarf es weiterhin der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Werkstatt Frankfurt e.V.!

Der Arbeitskreis Soziale Vereine
in ver.di Frankfurt am Main und Region

Februar 2007 * BILD FRANKFURT * Seite 3

**Kommt zu den
Kammerterminen
beim Arbeits-
gericht Frankfurt
am Main !!**

**am 12.04.2007 –
12:00/13:00 Uhr:**
Kammertermine
wegen Kündigungen
sowie zur Feststel-
lung unwiderruflicher
Freistellungen von
Betriebsrats- und
Wahlvorstands-
mitgliedern

**am 17.04.2007 –
ab 9:00 Uhr:**
mehrere Verfahren
über Abmahnungen
und Versetzungen

**alle in Saal 103,
Gebäude A,
Adickesallee 36**

Seit wann ist es „un-
moralisch“, ein dem
Arbeitnehmer rechtlich
zustehendes Angebot des
Arbeitgebers anzunehmen?
Hatte der Arbeitgeber viel-
leicht sogar die Absicht, das
Betriebsratsmitglied mit
seinem Angebot ins Messer
laufen zu lassen?

Werkstatt Frankfurt Zoff und Prozess!

Zoff bei der Werkstatt Frankfurt: Dem Ex-Betriebsratschef Albrecht B. (55) wurde fristlos gekündigt. Er soll sich eigenmächtig Urlaub genommen, vier Tage unentschuldig gefehlt haben. Gestern Prozess vorm Arbeitsgericht. Dabei ging es auch um die Frage, ob der Verein ihn unwiderruflich von der Arbeit freigestellt hat – bei vollen Bezügen. „Dass wir ohne Arbeitsleistung Gehalt bis zur Rente zahlen, ist schon eine unmoralische Vorstellung“, sagt Werkstatt-Geschäftsführer Conrad Skerutsch. Auch die Vorsitzende Richterin Dr. Ahmad konnte nicht glauben, dass es eine solche Vereinbarung gab. Sie wies die Kündigungsschutzklage ab. Albrecht B. will Berufung einlegen. Noch andere Ex-Betriebsräte klagen gegen die Werkstatt. Es geht um Versetzungen und Kündigungen. **hms**



Will notfalls bis zum Bundesarbeitsgericht klagen: Albrecht B.

Foto: JURGEN MAHNKE

**Der ver.di-AK Soziale Vereine trifft sich
am 19. April 2007 um 18:00 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Wilhelm-Leuschner-Str. 69
DGB-Jugendclub
(linker Eingang Parkplatz Mainseite)**

abenteuer sozialarbeit

ist eine Veröffentlichung des „Arbeitskreises Soziale Vereine“
von ver.di Frankfurt am Main und Region.

Zur unendlichen Geschichte bei Werkstatt Frankfurt e.V.

Schon bevor die Hartzgesetze in Kraft traten, stellte die Geschäftsleitung die Werkstatt Frankfurt e.V. um. Nun wurden Teilnehmer nicht mehr als Arbeitnehmer zum Haustarif und mit Sozialversicherung sondern "gemeinnützig" eingestellt.

Für das neue Konzept "Fordern und Fördern" ohne Qualifizierungsunterricht und Ausbildungschancen wurden wie bei vielen anderen Beschäftigungsgesellschaften und Weiterbildungsträgern Lehrer, Ausbilder und Sozialpädagogen überflüssig. Die Werkstatt Frankfurt e.V. kündigte und entsorgte konsequent in totaler Anpassung an Harzt IV (SGB II) fast 60 Mitarbeitern. Ein Problem hatte die Werkstatt e.V., die Fachkräften los zu werden, die als Betriebsräte erhöhten Kündigungsschutz hatten und zudem als unbequem galten. Diese Betriebsräte wagten es zum Ärger der Geschäftsführung, dem neuen Kurs Widerstand entgegen zu setzen und "Ein-Euro-Jobber" mit auf die Wählerliste der anstehenden Betriebsratswahl zu nehmen.

Die Zusammensetzung der Belegschaft, die Größe des zu wählenden Betriebsrates hatte sich mit der Umsetzung von Hartz IV drastisch verändert und unter den Verbliebenen ging die Angst um. Das hatte Konsequenzen bei der Neuwahl. Außer einem der Verdi-Betriebsräte schafften es die anderen nur auf Nachrückerpositionen im neuen Betriebsrat.

Die Geschäftsleitung blieb nicht untätig und nutzte die "Gunst der Stunde". Sie kündigte den ehemaligen BR-Vorsitzenden und versetzte anderen unliebsame Kandidaten in unterqualifizierte, berufsferme und stupide Tätigkeiten in einer Spezialabteilung.

Trotz dieser unfairen Praktiken lassen sich die Betroffenen nicht klein kriegen. Solidarität entwickelte sich. Die ver.di-Bezirksdelegiertenkonferenz im November 2006 erklärte ihre Solidarität. Beim DGB-Neujahrsempfang protestieren Kollegen des Verdi-Arbeitskreises Soziale Vereine. Der Protest erregt Aufmerksamkeit. Herr Sozialdezernent Becker und Frau Oberbürgermeisterin Rot sagen noch beim DGB-Neujahrsempfang zu, sich um den Konflikt zu kümmern.

Im Februar 2007 trifft sich Herr Becker in Begleitung mit dem Werkstatt Geschäftsführer, Herrn Skerutsch, mit drei der Betroffenen. Andere, ebenfalls Betroffene, werden zum Gespräch nicht zugelassen, obwohl sie darum bitten. Herr Becker fordert auf, sie sollten ihm aufzeigen, wofür sie noch eine fachlich ädequate Verwendung sei. Ein dreites Vorgehen, muss Herr Skerutsch der Presse gegenüber doch eingestehen, dass ohne Qualifizierung und Sozialberatung seine Vermittlungsquote von Teilnehmern unter fünf Prozent abgesackt ist. Das Gespräch endete unverbindlich.

Die Sonderbehandlungen und unterqualifizierte Sondertätigkeiten wie Dateneintippen, statt Sozialberatung oder Sachbearbeitertätigkeiten, wie sie Diplom-Sozialarbeiter oder Personalsachbearbeiter ausüben, wurde für Abmahnungen benutzt. Aber die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben nicht

aufgegeben, sie haben – mit der Solidarität der Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe - weiter gekämpft.

Ein erster Erfolg ist da!! Die „Spezialabteilung“ musste wegen „Erfolgslosigkeit“ aufgelöst werden. Die Kollegin und Kollegen wurden wieder versetzt. Ein Kollege kam in seine alte Abteilung zurück. Die anderen beiden wurden in andere Bereiche verstreut. Die Isolation und Abschirmung von der Belegschaft in einer Spezialabteilung ist am Zusammenhalt der KollegInnen gescheitert, nun versucht man sie zu vereinzeln. Aber auch das wird scheitern, weil sie sich in der Gewerkschaft zusammengeschlossen haben und der ver.di-Arbeitskreis Soziale Vereine dranbleiben wird.

Wir vergessen nicht, dass der Hintergrund für all diese Schikanen, Disziplinierungen und Wahlbeeinflussungen das Engagement des vorherigen Betriebsrats der Werkstatt Frankfurt e.V. war, dass er sich dafür eingesetzt hat, die „gemeinnützig“ tätigen Arbeitskräfte („Ein-Euro-Jobber“) bei der Werkstatt auf die Wählerliste zu setzen, um ihnen das Recht zu geben, eine Interessenvertretung zu wählen und damit Arbeitnehmerrechte, die ihnen vom Gesetz verweigert werden, zu geben. Mittlerweile gibt es verschiedene Gerichtsurteile, in denen Personalräten und auch Betriebsräten das Recht auf Mitbestimmung bei Einstellung von Ein-Euro-Jobbern höchstrichterlich zugestanden wird.

Der Arbeitskreis Soziale Vereine lässt nicht locker. Er bleibt am Thema dran. Deshalb bitten wir – vor allem die Betriebs- und Personalräte bei städtischen Betrieben - und in den sozialen Vereinen mit zu dokumentieren, auf welchen Stellen "Ein-Euro-Jobber" eingesetzt werden und ob damit längerfristig Neueinstellungen von Sozialversicherungspflichtigen und regulär bezahlten Arbeitnehmern verhindert und Personal gar abgebaut wird. Dafür bereiten wir auch eine Veranstaltung vor.

Bundesverwaltungsgericht

Mitbestimmungsrecht bei Ein-Euro-Jobs bestätigt

Leipzig · **Personalräte** in den Kommunalverwaltungen haben auch bei der Besetzung von Ein-Euro-Jobs ein Mitbestimmungsrecht. Wie andere Beschäftigte unterliegen die Hartz-IV-Empfänger bei ihrer Arbeit der Weisungsbefugnis des Dienststellenleiters, erklärte das Bundesverwaltungsgericht am Mittwoch in der Urteilsbegründung.

Zugleich sei die Kommune bei der Auswahl der Ein-Euro-Jobber nicht an die Vorschläge der Arbeitsagenturen gebunden. Deswegen habe der Personalrat das Recht zur Mitbestimmung.

Die Richter betonten, die Personalräte handelten auch im Interesse der regulären Beschäftigten. Sie hätten zu prüfen, ob die vorgeschlagenen Bewerber geeignet seien. Zudem müssten sie prüfen, ob die Tätigkeiten zusätzliche Arbeiten im öffentlichen Interesse seien. Damit solle sichergestellt werden, dass Ein-Euro-Jobber keine reguläre Arbeit verdrängten.

Den Richtern lagen die Klagen von Personalräten aus Mainz und Wetzlar vor. Die Städte hatten die Mitbestimmung abgelehnt, weil der Einsatz der Ein-Euro-Kräfte in erster Linie eine soziale Maßnahme sei. Zudem würden die Hilfebedürftigen nur relativ kurze Zeit beschäftigt. ap

Az: BVerwG 6 P 4.06 und 8.06

Beschluss der Bezirkskonferenz ver.di Frankfurt am Main und Region



Die Delegiertenkonferenz möge folgende Resolution beschließen:

- **Die Delegierten der Verdi Bezirksdelegiertenkonferenz verlangen die arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstands und der bisherigen und derzeitigen Betriebsräte bei Werkstatt Frankfurt e.V.**
- **Die Delegierten der Verdi Bezirksdelegiertenkonferenz 06 verurteilen die massive Beeinträchtigungen der Arbeit des Wahlvorstands während der BR-Wahl 06 und die Versetzungen und Kündigungen von gewählten und ehemaligen ver.di - Betriebsräten bei der Werkstatt Frankfurt durch die Geschäftsführung der Werkstatt Frankfurt e.V.**
- **Jede Belegschaft muss weiterhin das Recht auf freie gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen können.**

Die Delegierten der Bezirkskonferenz fordern die Verdi - Bezirksverwaltung auf, alle rechtlichen, politischen und öffentlichkeitswirksamen Mittel einzusetzen, gegen den Skandal vorzugehen.

Begründung

Der Wahlvorstand und ehemalige Betriebsräte der Werkstatt Frankfurt e.V. haben ihre Rechte und Pflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz wahrgenommen und sind bei der Prüfung der Betriebsgröße davon ausgegangen, dass die „gemeinnützig Beschäftigten“ die die Werkstatt FFM in die betrieblichen Abläufe als Arbeitnehmer eingegliedert hatte, in die Wählerliste aufzunehmen waren, obwohl sie mit „Ein-Euro-Jobs“ beschäftigt wurden. Vor diesem Hintergrund kam es bei der Werkstatt Frankfurt e.V. zu einer massiven Behinderung der Betriebsratswahl und des Wahlvorstands. KollegInnen. Während der Wahl wurden Wahlvorstandsmitglieder ohne Anhörung des Betriebsrates und entgegen ihrer bisherigen Arbeitsplatzbeschreibungen und Qualifikation in eine „Spezialabteilung“ versetzt. Gleichzeitig wurden zum Ausgleich „gemeinnützig Beschäftigte“ auf einem Arbeitsplatz eines betroffenen Kollegen eingesetzt, um ihm die Rückkehr an den eigenen Arbeitsplatz verweigern zu können (näheres siehe auch abenteuer sozialarbeit, Nr 11, „Skandal bei Werkstatt Frankfurt e.V.“). Es ist nicht hinnehmbar, dass die KollegInnen wegen ihrer Tätigkeit im Gewerkschaftlichen Sinne und in ihrer Funktion als Wahlvorstände von der Geschäftsführung eines öffentlich geförderten Vereins drangsaliert werden.

Solidaritätsadressen

Personalrat Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main Solidaritätserklärung

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen,

Der Personalrat der Kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe erklärt hiermit seine Solidarität mit den Kollegen und Kolleginnen des ehemaligen Betriebsrats und Wahlvorstandes der Werkstatt Frankfurt. Es kann nicht sein, dass Betriebsräte, die sich für die Belange der Beschäftigten einsetzen, noch dazu Kündigungsschutz besitzen, gekündigt werden und berufs fremde, unterqualifizierte Arbeiten zugewiesen bekommen. Wenn diese Praktiken durchgesetzt werden können, muss sich jede für den Arbeitgeber unbequeme, nicht angepasste Interessenvertretung fragen, wie sicher der Arbeitsplatz noch ist. Zukünftig wird es schwer sein überhaupt Interessenvertretungen zu finden, wenn bei diesem Einsatz mit Kündigungen zu rechnen ist. (...) Dam muss ein Ende gesetzt werden, denn heute die, morgen wir.

Mit solidarischen Grüßen,
Vorsitzende

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Frankfurt/M. Resolution

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer erklärt seine Solidarität mit den ehemaligen Betriebsräten und Wahlvorständen der Werkstatt Frankfurt, die vom Arbeitgeber gekündigt bzw. auf berufs fremde oder unterqualifizierte Arbeitsplätze zwangsversetzt wurden. Wir fordern die sofortige arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstandes und die Rücknahme der Kündigungen und Versetzungen.

Wir sind empört darüber, dass versucht wird, trotz des besonderen Kündigungsschutzes Zwangsmaßnahmen vorzunehmen. Diese Maßnahmen sind dazu geeignet, Druck und Schikane auf die direkt Betroffenen auszuüben und sie zu zermürben sowie anderen Arbeitnehmern vorzuführen, was passiert, wenn man gegen die Vorstellungen der Arbeitgeber handelt.

Das Verhalten der Unternehmensleitung passt vielleicht in das 19. Jh., nicht aber in das 21. Jahrhundert. Es wird ein Klima der Angst und Einschüchterung erzeugt, das eines modernen Betriebes unwürdig ist. Wir erwarten, dass ein Verein, der in der Wahrnehmung der Bevölkerung ein gemeinnütziges Image hat und der Stadt Frankfurt nahe steht, sich wie ein sozialer, vermittelnder und den gesetzlichen Bestimmungen verpflichteter Arbeitgeber verhält, und zwar, wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht, zum Wohle der Beschäftigten wie des Betriebes.

Als Lehrerinnen und Lehrer wissen wir, dass es zwischen der Werkstatt Frankfurt und den Schulen diverse Schnittstellen gibt. Sollte der Arbeitgeber nicht zu einem gesetzesgemäßen und sozialen Verhalten zurückkehren, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Menge dieser Schnittstellen in den Schulen auf Null zurückgefahren wird.

Frankfurt, 10.01.2007

von: Betriebsrat DRK Blutspendedienst
Baden-Württemberg – Hessen, Institut Frankfurt

an: alle Beschäftigten bei
der Werkstatt Frankfurt e.V.



Lasst euch nicht einschüchtern – kämpft für euren Betriebsrat!

Mit "Ein-Euro-Jobbern" verbündet, trotz Schutz als Betriebsrat versetzt und gekündigt. Es kann nicht angehen, dass Betriebsräte und ehemalige Wahlvorstandsmitglieder entgegen dem besonderen Kündigungsschutz auf berufsfremde und unterqualifizierte Arbeitsplätze versetzt oder ganz gekündigt werden.

Es ist ungeheuerlich, dass diese Praktiken in einem stadtnahen Verein von politisch Verantwortlichen geduldet werden. Schikane und Druck sollen nicht nur die direkt Betroffenen zermürben, sondern auch auf alle anderen Kolleginnen und Kollegen einschüchternd wirken. Diese Praktiken sind **sofort** zu stoppen. Wir fordern die arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstandes, die Rücknahme der Kündigungen und Versetzungen des noch amtierenden Betriebsrates und der ehemaligen Betriebsräte.“

Mit freundlichen Grüßen
Betriebsratsvorsitzende

Internationaler Bund – Betriebsrat Hessen

Resolution zur Unterstützung der Werkstatt - Frankfurt - Kollegen/innen

Mit "Ein-Euro-Jobbern" verbündet - und jetzt trotz besonderem Kündigungsschutz versetzt und/oder gekündigt.

Bei der BR - Wahl der Werkstatt - Frankfurt 2006 hat der Wahlvorstand beschlossen, dass sogenannte "Ein-Euro-Jobber" als Wahlberechtigte anzusehen sind und sie entsprechend auf die Wählerliste gesetzt.

Diese Meinung teilte er mit etlichen anderen Wahlvorständen und mindestens einem Autor der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht (vgl. Heft 23/2005, S. 1332).

Trotzdem hat die Geschäftsführung die Wahlvorbereitungen angefochten und das Landesarbeitsgericht hat die Wahl abgebrochen.

Der Geschäftsführung hat dies nicht gereicht. Sie hat in der Folgezeit Mitglieder des BRs und des Wahlvorstandes trotz deren besonderen Kündigungsschutzes auf berufsfremde und unterqualifizierte Arbeitsplätze versetzt oder ihnen ganz gekündigt. Es ist unverständlich, gar ungeheuerlich, dass solche Praktiken in einem stadtnahen Verein von politisch Verantwortlichen geduldet werden.

Schikane und Druck sollen nicht nur die direkt Betroffenen zermürben, sondern auch auf alle anderen Arbeitnehmer/innen einschüchternd wirken.

Wir fordern den sofortigen Stopp dieser Maßnahmen, die arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstandes, die Rücknahme der Versetzungen und Kündigungen des noch amtierenden Betriebsrates und der ehemaligen BR-Mitglieder.

Solidaritätserklärung VAE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der **Betriebsrat des vae** erklärt hiermit seine Solidarität mit den Kollegen und Kolleginnen des ehemaligen Betriebsrat und Wahlvorstandes der Werkstatt Frankfurt. Es kann nicht sein, dass Betriebsräte, die sich für die Belange der Beschäftigten einsetzen, noch dazu Kündigungsschutz besitzen, gekündigt werden oder berufsfremde, unterqualifizierte Arbeiten zugewiesen bekommen.

Wenn diese Praktiken durchgesetzt werden können, muss sich jede für den Arbeitgeber unbequeme nicht angepasste Interessensvertretung fragen, wie sicher der Arbeitsplatz noch ist. Zukünftig wird es schwer sein überhaupt Interessensvertretung zu finden, wenn bei diesem Einsatz mit Kündigung zu rechnen ist. Wir finden es unkollegial, dass der amtierende Betriebsrat, der die Kündigung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden nicht widersprochen hat. So stellen wir uns Interessensvertretungen keinesfalls vor. Es ist ungeheuerlich, dass die Praktiken der Geschäftsleitung auf diese Art toleriert werden.

Dem muss ein Ende gesetzt werden, denn heute die, morgen wir.

Mit solidarischen Grüßen.

Der Betriebsrat des **Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V. und gGmbH** vertreten durch die Betriebsratsvorsitzende Frau Dorothea Hoffmann.

Solidaritätserklärung CeBeeF

Der **Betriebsrat des CeBeeF Frankfurt e.V.** erklärt hiermit seine Solidarität mit den Kollegen und Kolleginnen des ehemaligen Betriebsrats und Wahlvorstandes der Werkstatt Frankfurt. Die Kolleginnen erfahren momentan eine schikanöse und durch und durch unwürdige Behandlung durch die Geschäftsfohrung der Werkstatt Frankfurt. Dieses Vorgehen kann und wird von uns nicht tatenlos hingenommen werden. Das einzige "Vergehen" der Kolleginnen besteht offenbar darin, ihre Tätigkeit im Wahlvorstand engagiert ausgeübt zu haben, indem sie die sog. "Ein-EuroJobber" als Wähler auf die Wählerliste genommen haben. Darauf derart schwerwiegende und teilweise sogar offen rechtswidrige Maßnahmen wie Serien kündigungen, Versetzungen ohne Zustimmung des Betriebsrats zu gründen ist skandalös. Wir empfinden uns gleichfalls als Betroffene, da dieser Fall aus unserer Sicht ein Rückfall in den gutsherrlichen Frühkapitalismus beduetet und insofern auf keinen Fall hingenommen werden kann. Sollte ein derartiger Umgang mit Betriebsräten Schule machen, so müssen sich über kurz oder lange alle kritischen Belgschaften und Betriebsräte Sorge um ihre Arbeitsplätze machen. Deshalb werden wir uns gegen diese fragwürdigen Pratiken der Leitung der Werkstatt Frankfurt zur Wehr setzten und erklären uns solidarisch mit den ehemaligen Betriebsratskolleginnen .

Dem muss ein Ende gesetzt werden, denn heute die, morgen wir.

Der Betriebsrat des CeBeeF Frankfurt e.V.

Solidaritätsadresse an die von Sanktionen betroffenen KollegInnen der Werkstatt Frankfurt e. V.

Der GEW-Landesverband Hessen unterstützt Euren Kampf gegen die Willkürmaßnahmen Eures Arbeitgebers, der betriebsverfassungsrechtliches und gewerkschaftliches Handeln mit Entlassung und Versetzung bestraft.



Wahlvorstände und Betriebsräte haben die gesetzliche Pflicht, Betriebsratswahlen vorzubereiten. Euer Wahlvorstand hat die Beschäftigten in sog. Arbeitsgelegenheiten, die vielen 1-€Jobber in Eurem Betrieb, auf die Wählerliste gesetzt. 1-€Kräfte ersetzen immer mehr reguläre Arbeitsverhältnisse und üben einen permanenten Lohndruck auf die noch regulär Beschäftigten aus. Das ist nicht die Schuld dieser Kolleginnen und Kollegen, sondern politisch gewollt. Offenkundig ist, dass permanent gegen das Gebot der „Zusätzlichkeit“ dieser Beschäftigungsverhältnisse verstoßen wird, und offenkundig ist auch, dass diese Kolleginnen und Kollegen in die Betriebsabläufe eingebunden sind und dem Direktionsrecht des Betriebes unterstehen.

Es sind mächtige politische Interessen, die dennoch diese Tätigkeiten als Sonderverhältnisse definieren, für die kein Arbeitsrecht gilt. Dieser Zustand ist gegen die Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerichtet. Wie stark muss sich in diesem politischen Umfeld ein Arbeitgeber fühlen, wenn er im Schlepptau dieser Auseinandersetzung gleich reihenweise Betriebsverfassungsrecht bricht, indem er Wahlvorstände zwangsversetzt und Betriebsräte entlässt! Dies sind nicht nur Schläge gegen die unmittelbar Betroffenen, sondern gegen alle, die gewerkschaftliche Interessen vertreten.

Der GEW-Landesverband Hessen protestiert gegen die Angriffe Eures öffentlich geförderten Arbeitgebers auf die Betriebsverfassung, und er protestiert gegen das Unwesen der „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“. Die Beschäftigungsverhältnisse der 1-€Jobber müssen in reguläre Arbeitsverhältnisse mit tariflichem Lohn und Arbeitnehmerrechten umgewandelt und Hartz IV zurückgenommen werden.

Mit solidarischen und GEWerkchaftlichen Grüßen

Karola Stötzel, Stv. Landesvorsitzende der GEW Hessen

IGM VKL DaimlerChrysler HPC R36 76742 Wörth

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Verdi Frankfurt, die Vertrauenskörperleitung von DaimlerChrysler Wörth / Germersheim mussten mit Schrecken von den Vorkommnissen bei Werkstatt Frankfurt e.V. erfahren.

Wir sprechen uns vehement gegen diese Drangsalierungsmethoden der Geschäftsführung von Werkstatt Frankfurt aus.

KollegInnen und Wahlvorstände darf man wegen ihrer Tätigkeit im Gewerkschaftlichen Sinne nicht so behandeln. Wir erwarten von kommunalen Einrichtungen und stadtnahen Vereinen einen korrekten und sozialen Umgang ihrer Beschäftigten. Jede Belegschaft muss das Recht auf freie gewerkschaftliche Interessenvertretung garantiert bekommen. Die Entlassungsversuche und Versetzungen von ehemaligen sowie amtierenden Betriebsräten missbilligen und verurteilen wir.



Wir, verlangen die Rücknahme der Kündigungen und arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Betroffenen Verdi – Betriebsratskollegen sowie der Wahlvorstandsmitgliedern. Wir, sind der Meinung, wer

-Wahlbeeinflussung in diesem Stil betreibt und das Betriebsverfassungsgesetz mit den Füßen tritt
-unberechtigte Kündigungen / Versetzungen gegenüber Betriebsrats- und Wahlvorstandsmitglieder ausspricht
-langjährige Arbeitsplätze in Ein-Euro-Jobs umwandelt

... der gehört in einem Sozialstaat - Deutschland abgestraft. Diese Willkür der Geschäftsführung von Werkstatt Frankfurt e.V. darf keine Schule machen. Darum lasst uns gemeinsam Kämpfen für Gerechtigkeit und Ordnung in unserem Land.

Mit solidarischen Grüßen
Vertrauenskörperleitung der DaimlerChrysler AG

Solidaritätserklärung mit den Betroffenen des ehemaligen Betriebsrats der „Werkstatt Frankfurt“

Das **Protestplenum der Studierendenschaft der Universität Frankfurt** erklärt sich solidarisch mit den Angehörigen des ehemaligen Betriebsrats der „Werkstatt Frankfurt“ und deren Absicht, gegen die Prekarisierung und gegen die Aushöhlung des Arbeitsrechts vorzugehen.

Wir stehen hinter den Betroffenen der „Werkstatt Frankfurt“, die von ihrem Arbeitgeber unrechtmäßig gekündigt oder zwangsversetzt wurden.

Wir unterstützen ihre Forderung nach Erhalt der regulären Arbeitsplätze und nach einer Umwandlung aller „Ein-€Jobs“ in reguläre Arbeitsverhältnisse mit Tariflohn und Sozialversicherungspflicht.

Es liegt im Interesse aller Studierenden das Recht der ArbeitnehmerInnen zu verteidigen, wie es auch durch die Betriebsräte geschehen sollte. In diesem Sinne plädieren wir für eine Aufhebung der vollzogenen Strafmaßnahmen und erklären uns solidarisch mit den Betroffenen.

Das Protestplenum der Johann Wolfgang Goethe – Universität Frankfurt
 Frankfurt, den 20.12.2006

AfA Frankfurt

Antrag an den Unterbezirksparteitag der SPD am 16./17. März 2007.

Werkstatt Frankfurt – Wie geht es weiter?

Wir fordern die im Vereinsvorstand der Werkstatt Frankfurt e.V., den Frankfurter CDU-Sozialdezerenten auf, gegenüber der Geschäftsleitung die Einhaltung des Arbeits- und Betriebsverfassungsrechts bei dem öffentlich geförderten Verein zu garantieren. Die im Vereinsvorstand vertretenen SPD-Stadtverordneten werden aufgefordert, ihre Aufsichtspflicht offensiv wahrzunehmen.



Es ist nicht hinnehmbar, wenn die KollegInnen wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit von der Geschäftsführung eines öffentlich geförderten Vereins drangsaliert werden.

- Wir verurteilen jede Beeinträchtigung bzw. Behinderung der Arbeit des Wahlvorstands und der Betriebsratsmitglieder durch die Geschäftsführung
- Die Belegschaft muss weiterhin das Recht auf freie gewerkschaftliche Interessenvertretung garantiert bekommen.
- Die SPD Stadtverordneten im Vereinsvorstand werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstandes und Betriebsrates arbeitsvertragsgemäß beschäftigt werden.

Dieser Ortsbeiratsantrag liegt zur Stadtverordnetenversammlung am 1. März 2007 vor

DIE LINKE.WASG im Ortsbeirat 1:
Bahnhof/Gutleut, Innenstadt, Gallus/Europaviertel

Fraktionsvorsitzender
 Kai-Oliver Tiffany
 15.01.2007

Solidarität mit den gewählten und ehemaligen Verdi-Betriebsräten bei der Werkstatt Frankfurt e.V.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main wird beauftragt, sich über die im Vorstand des Vereins vertretenen Mitglieder des Magistrats bei Werkstatt Frankfurt e.V. wie folgt einzusetzen:

Sie verlangen die arbeitsvertragsgemäße Weiterbeschäftigung der Mitglieder des ehemaligen Wahlvorstands und der bisherigen und derzeitigen Betriebsräte bei Werkstatt Frankfurt e.V.

Sie verurteilen die massiven Beeinträchtigungen der Arbeit des Wahlvorstands während der BR-Wahl 06 und die Versetzungen und Kündigungen von gewählten und ehemaligen ver.di - Betriebsräten bei der Werkstatt Frankfurt durch die Geschäftsführung der Werkstatt Frankfurt e.V.

Sie fordern, daß jede Belegschaft weiterhin das Recht auf freie gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, alle rechtlichen, politischen und öffentlichkeitswirksamen Mittel einzusetzen, gegen den Skandal vorzugehen.